

# Niederschrift

über die 6. öffentliche Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, den 10.11.2005  
im Sitzungssaale des Rathauses.

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:30 Uhr

Anwesende: Bgm. Engelbert Stenico, Vorsitzender  
1. Bgmstv. Mag. Manfred Weiskopf  
2. Bgmstv. Ing. Helmut Waltle  
StR Ing. Bernhard Wolf  
StR Mag. Manfred Jenewein  
StR Hubert Niederbacher  
GR Eva Lungner  
GR Richard Reinalter (ab 18:10 Uhr)  
GR Stefan Oberdorfer  
GR Norbert Lettenbichler  
GR Markus Gerstgrasser (ab 18:10)  
GR Dipl.Ing. Andreas Pfenniger  
GR Franz Huber  
GR Waltraud Handle  
GR Ing. Thomas Hittler  
GR Mag. Kurt Leitl  
GR Mag. Martin Hochstätger  
GR-Ers. Simone Luchetta  
GR-Ers. Herbert Mayer

Abwesend und  
entschuldigt: StR Konrad Bock  
GR Clemens Wechner

Weiters an-  
wesend: Ing. Konrad Sailer  
Beate Luchner

Schriftführerin: Carmen Hauser

## Tagesordnung

1. Niederschrift
2. Ergänzung - Vergabe Fischerei
3. Antrag des Stadtrates  
(Vereinbarung bezüglich Frischemarkt)
4. Anträge des Bau- und Wasserausschusses  
(Verpachtung Holzlagerplätze Perjen Uferstraße; Vermietung Schaukasten Autobusbahnhof; Ankauf Bauhof Fahrzeug.)
5. Anträge des Planungs- und Verkehrsausschusses  
(Verkehrsangelegenheiten – Ladezone und Busparkplätze ehemaliger Föhrenburgparkplatz; Änderung Ladezone Herzog-Friedrich-Straße Bereich Rainalter; örtliche Raumordnung – Änderung Bebauungsplan Perjen 1, Bereich Stubenböck.)
6. Antrag des Umwelt- und Agrarausschusses  
(Forsttagsatzungskommission)
7. Antrag des Sozial- und Wohnungsausschusses  
(Wohnungsvergaben)
8. Anträge, Anfragen und Allfälliges
9. Personalangelegenheiten

Der Vorsitzende begrüßt die Erschienenen und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Der Vorsitzende ersucht um Ergänzung des Punktes Vergabe Fischerei.

Nachdem dies vom Gemeinderat zustimmend zur Kenntnis genommen wird, geht der Vorsitzende auf die Erledigung der Tagesordnung über.

Pkt. 1) der TO.: **Niederschrift**

Die Niederschrift über die 5. Sitzung des Gemeinderates im Jahre 2005 wird genehmigt und ordnungsgemäß gefertigt.

Pkt. 2) der TO.: **Ergänzung - Vergabe Fischerei**

Der Vorsitzende merkt an, dass die Fischerei von der Stadtgemeinde Landeck selbst betrieben und erst nach Erreichen des Normalzustandes (Hochwasserkatastrophe) verpachtet werden könne, dies jedoch nicht zielführend sei. Weiters erläutert er, dass eine Rücksprache mit der Bezirkshauptmannschaft erfolgt sei, und habe diese eine Ausschreibung für die nächsten 5 Jahre empfohlen. Der Bereich zwischen Gramlach und Sanna sei intakt und sollte es dem Pächter in den nächsten 1-2 Jahre gelingen, die Fischerei wieder herzustellen. Er merkt an, dass verschiedene Personen Interesse hätten und die Stadtgemeinde Landeck mit **01.01.2006** den Pacht ausschreiben werde, sodass sich die Interessenten melden können.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Pkt. 3) der TO.: **Vereinbarung bezüglich Frischemarkt**

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 25.10.2005 beschlossen, beim Gemeinderat zu beantragen, die beigeschlossene Vereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Landeck und dem Verein „Landecker Frischemarkt“ bezüglich des Frischemarktes zu beschließen.

Punkt IV. dieser Vereinbarung ist dahingehend zu ergänzen, dass die Stadtgemeinde Landeck für eine Verlegung des Marktes an einen anderen Platz, **keine** wie immer geartete **Entschädigung bezahlt**.

Der Gemeinderat erklärt sich mit diesem Antrag einverstanden.

Pkt. 4) der TO.: **Anträge des Bau- und Wasserausschusses**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt GR Ing. Thomas Hittler, den Vortrag. Er verliest nachstehende Anträge des Bau- und Wasserausschusses:

- 1) Auf Grund der Beratung am 26.9.2005 stellt der Bau- und Wasserausschuss folgende Verpachtungs- und Vermietungsanträge:
  - a) Überlassung des von Doris Marth aufgekündigten Holzlagerplatzes an Herrn Andreas Lechleitner, Obere Feldgasse 5
  - b) Überlassung des ehemaligen Holzlagerplatzes Ratgeber an Gfall Annamerie, Lötzweg 6
  - c) Vermietung einer Schaukastenseite beim Autobusbahnhof an Watzdorf Heike, Maisengasse 9 (Geschenkoase)

Die Pacht- und Mietbedingungen werden übernommen und bleiben unverändert aufrecht.

Die Anträge a) – c) werden vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

## 2) Städtischer Bauhof – Ankauf UNIMOG U 300; Ankauf Winterdienstgeräte

Der 24 Jahre alte Unimog muss mit Ende dieses Jahres altersbedingt vom städtischen Fuhrpark ausgeschieden werden.

Seitens des Stadtbauamtes hat man sich schon seit dem Vorjahr mit einer neuen Fahrzeugbeschaffung befasst und die derzeit am Markt befindlichen Kommunalfahrzeuge (Klein-LKW, Traktor, Hydrac-Geräteträger) preislich und technisch miteinander verglichen.

Es hat sich letztendlich herausgestellt, dass die Anschaffung des angebotenen UNIMOG-Modells U300 (Vorführfahrzeug) die beste Lösung für die Stadtgemeinde Landeck ist.

Der UNIMOG ist ein speziell für den Kommunalbetrieb gebautes Fahrzeug, welcher mit einer Vielzahl von handelsüblichen Zusatz- bzw. Arbeitsgeräten ausgestattet werden kann. Mit Ausnahme des Hydrac (ein neuer Geräteträger der Firma ICB von England (die Gemeinde Galtür hat ein solches Fahrzeug) sind die übrigen Fahrzeuge im Winterdienst nur eingeschränkt einsetzbar. Die angebotenen Klein-LKW's sind für viele schmale Gemeindewege zu breit. Traktoren sind für die Schneeräumung gut geeignet haben aber einen Nachteil bei der Streuung. Nachfahrstreuer sind ungeeignet, die Aufbaustreuer haben wegen der ungünstigen Gewichtsverteilung ein zu geringes Ladevolumen bzw. gibt es diese noch nicht in der gewünschten Ausführung als Zweikammerstreuer (Splitt/Salz).

Gegen den UNIMOG hat bisher die unzureichende Auslastung im Sommer gesprochen. Wie bekannt ist, muss die Stadtgemeinde Landeck demnächst auch eine Lösung für das nunmehr 27 Jahre alten Tankfahrzeug treffen. Ein ursprünglich beabsichtigter Um- bzw. Aufbau des Tankes auf ein neues Fahrgestell hat sich zwischenzeitlich als unwirtschaftlich herausgestellt. Sollte dieses Fahrzeug nicht mehr durch den TÜV kommen wird vorgeschlagen, dasselbe abzustoßen. Als Ersatz kann der neue UNIMOG mit einem 3000 l Tank sowie einer Gießanlage, einem Straßenwaschbalken und einer Hochdruckpumpe (Behebung kleinerer Kanalverstopfungen) ausgestattet werden. Somit ist der UNIMOG auch im Sommer ausgelastet und die Stadtgemeinde Landeck hat ein Fahrzeug weniger zu erhalten.

Folgende Anschaffungspreise in der Kommunalausführung wurden offeriert:

Klein-LKW MAN	€ 101.988,00 incl. MWSt.	Neufahrzeug
UNIMOG U 400	€ 158.400,00 incl. MWSt.	Neufahrzeug
UNIMOG U 300	€ 118.000,00 incl. MWSt.	Vorführfahrzeug

FASTRAC

€ 137.788,00 incl. MWSt.

Neufahrzeug

Die Bedeckung für diese Anschaffung ist im Voranschlag 2005 gegeben. Wenn die Stadt für den alten UNIMOG keinen Käufer findet wird dieser um € 5.000,-- zurückgenommen.

Der Gemeinderat wird um Beschlussfassung zum Kauf des Vorführfahrzeuges UNIMOG 300 ersucht.

Mit dem UNIMOG sollen auch die veralteten Winterdienstgeräte erneuert werden. Beabsichtigt ist die Anschaffung eines Schneepfluges und eines Zweikammeraufsatzstreuers, mit welchem gleichzeitig Salz und Splitt (einzeln oder vermischt) gestreut werden kann.

Für diese Winterdienstgeräte liegen folgende Angebote vor:

Firma	Schneepflug (ohne WWSt.)		Streuer (ohne MWSt.)	
Kahlbacher	€ 8.500,--	2 % Skonto	€ 21.000,--	-2 % Skonto
Schmid	€ 8.245,--	5 % Skonto	€ 20.130,--	-2 % Skonto
Springer	€ 9.380,--		€ 23.580,--	

Die Fa. Kahlbacher stellt die Schneepflüge in ihrem Werk in Kitzbühel selbst her. Beim angebotenen Streuer handelt es sich um ein Produkt der Firma Gmeiner, welche ebenfalls eine österreichische Firma ist.

Die Firma Schmid aus Deutschland lässt die Winterdienstgeräte in Polen herstellen und vertreibt diese Produkte.

In qualitativer Hinsicht wird darauf hingewiesen, dass die Stadtgemeinde Landeck mit den Geräten der Firma Kahlbacher bisher gute Erfahrungen gemacht hat. Die Ersatzteilbeschaffung funktionierte jedes Mal schnell und ohne Beanstandung.

Die Streugeräte der Firma Schmid sind nach den vom Stadtbauamt eingeholten Informationen technisch in Ordnung und ausgereift. Zu kritisieren ist bei der Firma Schmid die zeitaufwendige Ersatzteilbeschaffung, was besonders im Winter Einsatz zu Problemen führen kann.

Beim Streuer beträgt der Preisunterschied € 1.020,-- und beim Schneepflug € 597,-- brutto. Sollte man sich beim Streuer für das technisch gleichwertige Produkt der Firma Schmid entscheiden, wird vom Stadtbauamt zumindest für die Anschaffung des leichteren und speziell auf besiedelte Gebiete konzipierten (mehr Laufruhe) Schneepfluges der Firma Kahlbacher plädiert.

Die Bedeckung für vor angeführte Anschaffung ist lieferzeitbedingt (10-12 Wochen) in das nächstjährige Budget aufzunehmen.

Der Vorsitzende erklärt, dass er großen Wert darauf lege, dass österreichische Firmen zum Zug kommen sollen.

Bgmstv. Ing. Waltle merkt an, dass die Lieferzeit 10-12 Wochen ab Bestellung dauern würde und somit die Lieferung erst ab Mitte Jänner erfolgen könne. Er fragt an, warum man solange gezögert und zugewartet habe. Folglich möchte er noch wissen, wie lange der alte Unimog noch zum Einsatz komme.

Der Vorsitzende bekräftigt, dass nicht zugewartet wurde, sondern man habe sich die Mühe gemacht weitere, vergleichbare Angebote von anderen Firmen einzuholen. Unter Berücksichtigung, dass im nächsten Jahr auch der Tankwagen zum Austausch anstehe, habe man letztlich sich für den Unimog entschieden.

Ergänzend fügt er hinzu, dass der alte Unimog bleibe bis der neue komme. Weiters erklärt er, dass ein neuer Salzstreuer besser wäre, da man mit dem alten nur Probleme habe.

Abschließend erklärt sich der Gemeinderat mit der Anschaffung Unimog 300 sowie der Winterdienstgeräte durch die Firma Kahlbacher einstimmig einverstanden.

#### Pkt. 5) der TO.: Anträge des Planungs- und Verkehrsausschusses

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Planungs- und Verkehrsausschusses, StR Ing. Bernhard Wolf, den Vortrag. Er verliest nachstehende Anträge des Planungs- und Verkehrsausschusses:

##### a) Verkehrsregelung

###### – Ausweisung einer Ladezone und zweier Busparkplätze beim Fohrenburgparkplatz

Nach erfolgter Beratung in der Sitzung vom 12. Oktober 2005 wird vom Planungs- und Verkehrsausschuss beantragt, aufgrund der geänderten Parkregelung am Fohrenburgparkplatz an der östlich anschließenden Malser Straße eine Ladezone und zwei Busparkplätze laut beiliegendem Plan zu beschließen.

Der Obmann StR. Ing. Wolf fügt ergänzend hinzu, dass man zusätzlich 31 Parkplätze gewinnen würde und dies sehr wertvoll sei.

Der Gemeinderat hat aufgrund der geänderten Parkregelung am Fohrenburgparkplatz, an der östlich anschließenden Malserstraße die Einrichtung einer gewerblichen Ladezone mit LKW sowie zwei Busparkplätze für Stadtbesuche einstimmig beschlossen und der Parkstreifen kann kombiniert als Busparkstreifen sowie als Ladezone verwendet werden.

##### b) Verkehrsregelung

###### – Änderung der Ladezone in der Herzog-Friedrich-Straße im Bereich Rainalter

Nach erfolgter Beratung in der Sitzung vom 15. September 2005 wird vom Planungs- und Verkehrsausschuss beantragt, aufgrund der reduzierten betrieblichen

Nutzung im Bereich der Firma Rainalter in der Herzog-Friedrich-Straße die Änderung der vorhandenen Ladezone auf das notwendige Ausmaß zu beschließen. Die neue Ladezone befindet sich vor der Doppelgarage im Bereich des ehemaligen Gasthofes und weist eine Länge von ca. 20 m auf.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

c) Änderung des Allgemeinen und Ergänzenden Bebauungsplanes „Perjen 1“ („A13E1Ä6 PERJEN 1 – Stubenböck“) - Auflage/Beschlussfassung

Nach erfolgter Beratung in der Sitzung vom 12. Oktober 2005 wird vom Planungs- und Verkehrsausschuss beantragt, den Entwurf über die Änderung des Allgemeinen und Ergänzenden Bebauungsplanes „Perjen 1“ (gemäß §56 Abs. 3 TROG 2001), betreffend der Gpn. 1722/4, 1724/4 und 1724/5 („A13E1Ä6 PERJEN 1 – Stubenböck“) gemäß §65 ff TROG 2001, durch vier Wochen hindurch zur allgemeinen Einsichtnahme aufzulegen und – falls innerhalb dieser Auflagefrist keinerlei Stellungnahmen einlangen – zu beschließen.

Dem Bebauungsplanentwurf liegt der Erläuterungsbericht und die planliche Darstellung des Stadtbauamtes Landeck zugrunde, in dem die Bebauungsbestimmungen festgeschrieben sind.

StR. Ing. Wolf ergänzt, dass Wohnungen errichtet werden möchten und deshalb die zulässige Höchstgröße der Bauplätze von derzeit 500 m<sup>2</sup> auf 750 m<sup>2</sup> abzuändern wäre, ansonsten bleibe alles gleich.

Der Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Pkt. 6) der TO.: Antrag des Umwelt- und Agrarausschusses

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Umwelt- und Agrarausschusses, GR Franz Huber, den Vortrag. Er verliest nachstehenden Antrag an den Gemeinderat:

Forsttagsatzungskommission

Am 19. Juli wurde die Tiroler Waldordnung 2005 per Landesgesetzblatt kundgemacht. Die die Forsttagsatzungskommission betreffenden Bestimmungen treten zwar erst mit 1. Jänner 2006 in Kraft, aber die auf drei Mitglieder verkleinerte Kommission ist bis spätestens 31.12.05 neu zu bestellen.

Der Forsttagsatzungskommission gehören als Mitglieder der Leiter der Bezirksforstinspektion der Bezirksverwaltungsbehörde als Vorsitzender, der Bürgermeister und

ein Vertreter der Waldeigentümer (ist von der Bezirksverwaltungsbehörde zu bestellen) an.

Gemäß § 19 Abs. 5 Tiroler Waldordnung 2005 ist vom Gemeinderat eine Person zu bestimmen, die den Bürgermeister für den Fall seiner Verhinderung zu vertreten hat.

Der Gemeinderat wird daher ersucht, diese Person zu bestimmen.

Der Obmann GR Franz Huber berichtet, dass früher 7-8 Leute in der Forsttagsatzungskommission vertreten gewesen seien und diese einmal im Jahr zusammengekommen seien. Die neue Forsttagsatzungskommission wurde verkleinert und sei für den Bgm. ein Vertreter zu bestimmen.

Der Bürgermeister merkt an, dass der Ausschussobmann Franz Huber weiterhin in der Kommission vertreten sein solle. Obmann GR Franz Huber werde als Vertreter der Waldeigentümer weiter in der Kommission vertreten sein. Vzbgm. Manfred Weiskopf werde daher als Vertreter des Bürgermeisters vorgeschlagen.

Dies wurde vom Gemeinderat mit 18 Stimmen angenommen.

Pkt. 7) der TO: **Antrag des Sozial- und Wohnungsausschusses**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Sozial- und Wohnungsausschusses, StR Hubert Niederbacher, den Vortrag. Er verliest nachstehenden Antrag an den Gemeinderat:

Der Sozial- und Wohnungsausschuss der Stadtgemeinde Landeck hat in seiner Sitzung v. 05.10.2005 nachstehend angeführte Wohnungen wie folgt vergeben und wird der Gemeinderat um nachträgliche Beschlussfassung ersucht:

die 3-Zi-Wohnung Flirstraße 13 b, EG. (nach Nöbl) an  
**Tülay u. Bülent HAZAR, Landeck, Obere Feldgasse 7,**

die 4-Zi-Wohnung Brixnerstraße 12 (nach Waibl) an  
**Salih KARANLIK, Landeck, Andreas-Hofer-Straße 14 und**

die 3-Zi-Wohnung Salurnerstraße 6 (nach Hörtnagl Marianne) an  
**Gernot HÖRTNAGL, Landeck, Salurnerstraße 6.**

Weiters wird dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht, dass

die **3-Zi-Wohnung Brixnerstraße 6** - (nach Vlcek Gertrude) im Zuge des Eintrittsrechtes an deren Sohn **Andreas VLCEK** überlassen wurde.

Der Antrag des Sozial- und Wohnungsausschusses wurde einstimmig angenommen.

Pkt. 8) der TO.: **Anträge, Anfragen und Allfälliges**

Der Vorsitzende begrüßt die Presse, insbesondere Frau Schnegg, welche an Stelle von Herrn Wenzel mit dem Bezirk Landeck betraut wurde.

Er verkündet, dass Bgmstv. Ing. Helmut Waltle den Ehrentitel „Kommerzialrat“ verliehen wurde und gratuliert im Namen des Gemeinderates.

- a) GR. Mag. Leitl fragt an, bis wann man mit der Ausschreibung des Stadtamtsleiters rechnen könne.

Der Vorsitzende antwortet, dass im Monat November die Ausschreibung erfolgen werde und nach Vorberatung im Stadtrat im Dezember eine Entscheidung fallen könne und in weiterer Folge der neue Stadtamtsleiter bestellt werde.

- b) GR Ing. Hittler stellt nachstehenden Antrag an den Gemeinderat:

Ich Thomas Hittler, Gemeinderat der Stadtgemeinde Landeck, beantrage die Höhe der Gemeinderats-, Stadtrats- und Ausschussführungsentschädigungen aufgrund der angespannten Budgetsituation zu überdenken und diese merklich zu reduzieren. Ich könnte mir eine Verringerung um 50 % vorstellen. Eine Reduktion in dieser Höhe würde meine sofortige Zustimmung finden.

Ich bitte darum, diese Angelegenheit dem zuständigen Ausschuss (eventuell Finanzausschuss) zur Beratung zuzuweisen.

Weiters teilt er mit, dass die Kürzung des Weihnachtsgeldes der Bediensteten ihm näher gegangen wäre, als man glauben würde.

Der Vorsitzende stellt klar, dass es nie um eine Kürzung des Weihnachtsgeldes gegangen sei, sondern, dass man über eine Neuregelung der Sonderzahlung, die den Gemeindebediensteten zusätzlich ausbezahlt würde, für künftig eintretende Bedienstete, nachgedacht habe. Es sei nicht darum gegangen, den Leuten etwas wegzunehmen, sondern um die Frage, ob für künftige Bedienstete die Landesregelung angewendet werden sollte.

GR Mag. Hochstätger betont, wenn man im Personalbereich sparen wolle, sei dies der falsche Weg. Der Antrag vom GR Ing. Hittler gehe in die richtige Richtung. Er weist darauf hin, dass die Stadtregierung gefordert sei und strukturell was passieren müsse. Es ist zu prüfen, ob es Leistungen gebe, die man auslagern könne. GR Mag. Hochstätger ist der Ansicht, dass man in bestehende Dienstverhältnisse nicht eingreifen könne und diese Vorgangsweise arbeitsrechtlich bedenklich sei. Nachdenken schafft Unruhe, daher sollte man hier Vorsicht walten lassen. Hinzufügend meint er, dass es der Stadtgemeinde Landeck 1974 finanziell auch nicht

besser gegangen sei und diese Maßnahme ohnehin das Kraut nicht fett machen würde. Abschließend bietet er an, dass man über strukturelle Veränderungen kommunizieren solle, aber nicht im stillen Kämmerlein.

Vizebgm. Mag. Weiskopf stellt fest, dass man nachdenken können müsse, wo eingespart werde, ohne dass man damit gleich in die Öffentlichkeit gehe. Weiters merkt er an, dass Gedankenfreiheit in alle Richtungen herrschen solle.

StR Mag. Jenewein dementiert, dass Unruhe nur geschaffen werde, wenn man etwas aufschnappe und politisch daraus Kapital schlagen möchte.

Weiters entgegnet er, dass der Gedanke, die Sonderzahlung auf das Niveau des Landes zu bringen, eine Summe von € 135.000,- einbringen würde und die Aussage, dass dies das Kraut nicht fett machen würde, von ihm nicht geteilt werde.

- c) GR Mag. Leitl führt an, dass die Stadtgemeinde 3 behinderte Personen beschäftige, aber es 5 Personen sein könnten. Damit würde auch die Ausgleichszahlung an das Land sinken. Für ihn habe die Stadt in dieser Frage Vorbildfunktion. Das Rathaus sollte behindertengerecht umgebaut werden, derzeit wäre es nicht möglich jemanden einzustellen, der im Rollstuhl sitze.

Der Vorsitzende stellt fest, dass kein Personalbedarf vorhanden sei, befürworte aber diese Überlegung und merkt an, dass man dies mit langsamen Schritten angehen müsse und diese Schritte der Finanzausschuss vornehmen solle.

GR.Mag. Leitl entgegnet, dass zwar kein Personalbedarf vorliege aber man dennoch Lehrlinge ausbilden könne.

StR. Ing. Wolf möchte wissen, wer Lehrlinge ausbilden könne.

Der Vorsitzende erklärt, dass der Stadtamtsdirektor und Christian Rudig dafür in Frage kämen.

**ENDE DER ÖFFENTLICHEN SITZUNG!**